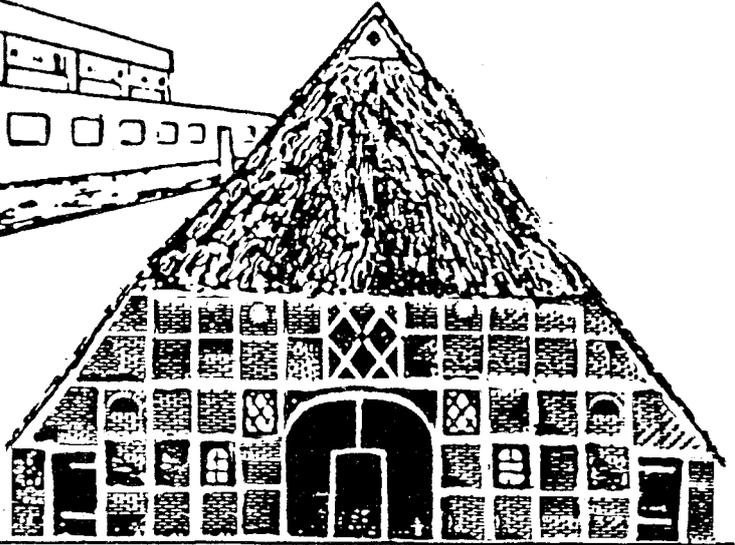
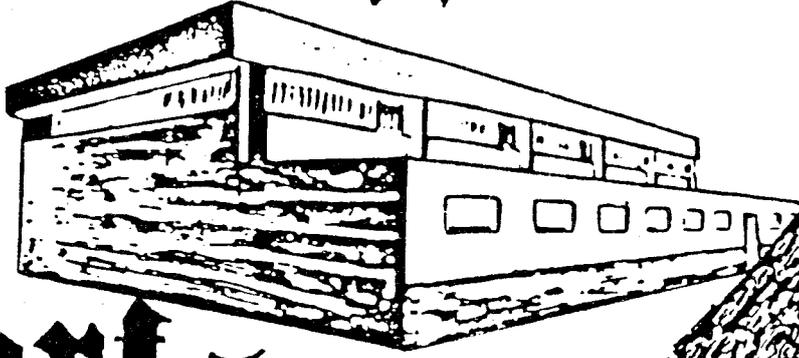


# Neuwittenbeker



## Dorf- Geplüster

12. Jhg.

Bürgerzeitung für das Gemeindegebiet  
Unsere 62<sup>te</sup> Ausgabe

Nr. 4

# 725 Jahre Wittenbek

Neuwittenbek hat Geschichte und Tradition.

Zeugnisse menschlichen Lebens aus grauer Vorzeit haben sich innerhalb des Gemeindegebietes wiederholt gefunden. Jüngstes Beispiel: Die Ausgrabungen auf der Brammer'schen Koppel südlich des Bölskamps.

Aber wie lange (Alt- oder Neu-) Wittenbek urkundlich belegt ist, wie lange also unsere Vorfahren unter diesem Namen sich hier ansiedelten, blieb bislang im Dunkel.

Ein Hinweis deutete auf eine 725jährige Geschichte Neuwittenbeks in diesem Jahre. Die Überprüfung konnte dies nicht bestätigen (vgl. den Artikel auf Seite 2); auch der zweite Ansatz des 700jährigen Jubiläums in diesem Jahr konnte nicht belegt werden. "Nur" die Tatsache, daß es urkundlich (Neu) Wittenbek seit über 700 Jahren gibt.

Aber auch das erscheint uns bemerkenswert. Ist es doch weit mehr, als wir bislang angenommen hatten. Nur schade, daß wir kein exaktes Datum ausmachen konnten, um ein Jubiläum feiern zu können!

Also bleibt uns nur die Jubiläumsfeier der Neuwittenbeker Feuerwehr im Jahre 1990 zu deren 100. Geburtstag.

Die Vorbereitungen dazu laufen auf vollen Touren.

## 3. Stille Nacht, heilige

Kleine Weihnachts

Andantino.



1-3. Stille - he Nacht,

Die Redaktion

und alle Mitarbeiter

wünschen Ihnen ein schönes, geruhames  
Weihnachtsfest und für 1990 alles Gute  
und beste Gesundheit!

## Die Zahl "725"

Das 725jährige Jubiläum unserer Gemeinde - das wäre schon etwas. Eine erste namentliche Erwähnung unseres Dorfes vor so langer Zeit!

Wie kommen wir darauf?

Die 76er Chronik zur 100 Jahr-Feier der Gemeinde gibt dafür jedenfalls nichts her ("Wie lange es ein Dorf Neuwittenbek gibt, ist nicht bekannt"). Auch an anderer Stelle war kein offenkundiger Hinweis.

Ausgangspunkt ist vielmehr Wolfgang Laurs historisches Ortsnamenlexikon von Schleswig-Holstein, erschienen 1967. Dort heißt es u.a.: "Wittenbek (Alt-, Neu-) Eck Dorf - K 1264 bis 1289: de Wittenbeke". Hier taucht erstmals die Jahreszahl 1264 auf; dieser Bezug liegt also exakt 725 Jahre zurück. Der nächste Schritt

*Wittenbek (Alt-, Neu-) Eck Dorf - K 1264 bis 1289: de Wittenbeke, Kieler Renteb. I 1302 (MKStG 10/11, 1892/93, 57) de Wittenbeke - nd. \*tom witten Bek = 'zum weißen Bach'.*

*Wittenbek Dis Hof - Kieler Renteb. I 1302*  
Ausriß aus Laurs Ortsnamenlexikon

war: was verbirgt sich hinter "K 1264 bis 1289"? Ein Blick in die Erläuterungen von Laurs Lexikon hilft weiter. Die Abkürzung heißt danach: "Kieler Stadtbuch aus den Jahren 1264-1289, hrsg. von P. Haase, Kiel 1875".

Da müßte das Kieler Stadtarchiv weiterhelfen können.

Bevor im Kieler Stadtarchiv tatsächlich das gewünschte Buch von Haase gefunden werden kann, wird zunächst ein anderes vorgelegt. Es ist dies: "Das Kieler Stadtbuch von dem Jahre 1264 bis zum Jahre 1289. Aus der Handschrift herausgegeben von Dr. Johannes Friedrich Lucht, Rector der Kieler gelehrten Schule. Kiel, 1842". Außer dem Vorworte ist der sonstige Text lateinisch, wie dies auch schon für Haases Buch angekündigt wurde. Als Letzteres vorliegt, "im Auftrage der Gesellschaft für die Geschichte der Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg herausgegeben", findet sich auch hier der lateinische Text, immerhin am Ende des Buches auch ein Stichwortverzeichnis.

Dort ist glücklicherweise auch eine Fundstelle für "de Wittenbeke". Auf Seite 88 steht unter der laufenden Nummer 868: "Dominus Ludico de Crumendike vendidit aream suam penes platea clericorum Thiderico de Wittenbeke coram consulibus sibi libere resignavit". Dann findet sich bei Lucht (S. 57) der nahezu identische Eintrag: "368 f. 68r. Dominus Ludico de Crumendike vendidit aream

suam penes platea clericorum Thiderico de Wittenbeke, c.c.s.l.r.". Bei dem von Lucht und Haase nachgedruckten Kieler Stadtbuch handelt es sich um eine handschriftliche Sammlung von u.a. Grundstücksgeschäften; in freier Übersetzung heißt es in der zitierten Passage, daß Herr Ludico de Crumendike dem Thiderico aus Wittenbek sein Grundstück am Kirchenweg verkauft.

Einige Ergänzungen lassen sich zumindest aus dem einleitenden Text bei Lucht entnehmen. Zumindest "Crumendike" hält Lucht für ein - ausgestorbenes - Adelsgeschlecht (S. XXVIII). Im folgenden versucht sich Lucht auch mit einer Übersetzung bzw. Zuordnung von Ortsnamen; bei "Wittenbeke" (Seite XXXII) schreibt er "Wittenbek im Amte Husum?". Lucht hat selbst Zweifel - ausgedrückt durch das Fragezeichen - an seiner Husumer Zuordnung. Zweifel, die später Laur nicht mehr hat und "Wittenbeke" dem Dorfe Neuwittenbek zuordnet.

Nur - eine Jahreszahl, die den exakten Hinweis liefert, ist bedauerlicherweise weder bei J. F. Lucht, noch bei P. Haase vorhanden (demnach im Original des Kieler Stadtbuches wohl auch nicht). Bezogen auf den vorgegebenen Zeitraum zwischen 1264 und 1289 dürfte der Vorgang eher im Endbereich liegen, also nahe an 1289. Im Ergebnis können wir also nur sagen, daß unsere Gemeinde urkundlich erstmals zwischen 1264 und 1289 erwähnt wird, in jedem Falle also älter als 700 Jahre ist.

Bernd Brandenburg

## Wahlvorbereitungen

Die Kommunalwahl im März 1990 wirft die ersten Schatten voraus.

Ende November besetzte der Amtsausschuß beim Amt Dänischer Wohld den gemeinsamen Wahlausschuß für die Gemeinde- und Kreiswahl am 25. März kommenden Jahres. Der gemeinsame Gemeindegewahlleiter wird der leitende Verwaltungsbeamte beim Amt, Hans Hansen, sein. Vertreter unserer Gemeinde in diesem Wahlausschuß ist Dr. Richard Rusch aus Altwittenbek, sein Stellvertreter Heinrich Hinrichs aus Neuwittenbek.

Aufgabe dieses Wahlausschusses ist es u.a. die Wahlvorschläge zu prüfen und zuzulassen, sowie schließlich auch das Wahlergebnis am Schluß festzustellen.

Anläßlich dieser Amtsausschußsitzung wurde auch geäußert, daß Neuwittenbek wohl in zwei Stimmbezirke geteilt werde. Einerseits Neuwittenbek, andererseits Altwittenbek und Warleberg. Dadurch würde die Arbeit für die "Zählmannschaften" erleichtert.

Im Landtag:

## Regenwasser

Abgaben auch für Niederschlagswasser vorzusehen, steht in der Diskussion. Dies ergab die Beratung in der Juli-Sitzung des Landtages (Änderung des Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz des Bundes). Umweltminister Heydemann begründete den Änderungsentwurf mit der "relativ hohen Verschmutzung des von bebauten und befestigten Flächen" abfließenden Wassers.

Im Gemeinderat:

## Regenwasser

Ansatzstellen für kontroverse Diskussionen gaben die Tagesordnungspunkte der Gemeinderatssitzung im Oktober nicht her. Es kam gleichwohl dazu; jenseits der angesetzten Tagesordnungspunkte. Und das Thema: Abgaben für die Orstentwässerung.

Wilhelm Radbruch mutmaßte schon Wahlkampfzeit. Dabei setzte er den Auslöser für die Gemeinderatsdiskussion selbst - mit der von ihm (für die WG) eingebrachten Anfrage.

Erfragt wurde, ob Abgaben (Beiträge/Gebühren) auch für den Anschluß an die Regenwasserentsorgung erhoben werden müßten - oder ob dies allein eine politische Entscheidung der Gemeindevertretung sei. In seiner Antwort kritisierte Bürgermeister Carstensen einen Artikel (von Gisela Matte) in unserer letzten Ausgabe; die Verfasserin habe sich die Problemstellung zu einfach gemacht. Als dann der Bürgermeister eine noch weitergehende Kritik an der SPD insgesamt äußerte, hatte er naturgemäß den Streit ausgelöst.

Die Anfrage wurde jedoch nicht vom Bürgermeister beantwortet; dies kam vonseiten der Verwaltung. Der lfd. Verwaltungsbeamte Hansen sagte, daß die Gemeinde mit der Verabschiedung der Abwassersatzung sich selbst dahingehend festgelegt habe, die Regenwasserentsorgung (wie auch die Schmutzwasserbeseitigung) als öffentliche Einrichtung zu betreiben; öffentliche Einrichtungen seien durch zu erhebende Abgaben zu finanzieren.

Die Abwassersatzung hatte die Vertretung im Februar diesen Jahres - gegen die Stimmen der SPD - verabschiedet; der seitens der SPD-Fraktion gestellte Antrag, Anschluß- und Benutzungszwang zu überarbeiten, wurde in ebenfalls jener Februar-Sitzung abgelehnt.

Gemeindevertreter Brandenburg faßte nach: ob es abseits jener Satzung eine gesetzliche Verpflichtung gäbe, Regenwasserabgaben zu erheben

oder ob es - wie die Wählergemeinschaft formulierte - eine politische Entscheidung sei. Die letzte Entscheidung hätten - so der Verwaltungsbeamte - immer die Gerichte, aber ansonsten wäre es eine freie Entscheidung der Gemeindevertretung.

Das war nur ein Streitpunkt zu diesem Themenkomplex, der sichtbar wurde. Einerseits gäbe es den erklärten Willen aller Fraktionen, gemeinsam und einvernehmlich die Abgabensatzung zur Ortskanalisation zu verabschieden - noch zumal vor der Kommunalwahl. Andererseits fühlt sich die SPD von den beiden anderen Fraktionen ausgegrenzt; jene wiederum halten der SPD vor, sich zu verweigern. Für den Außenstehenden entstand hier der Eindruck, die Beteiligten sprechen zu wenig miteinander, mißverstehen sich gegenseitig.

Die Beratung des I. Nachtragshaushaltes '89 gab nochmals die Möglichkeit, das Thema Abgaben aufzugreifen - und die Positionen der Fraktionen zu verdeutlichen. Diesmal: wozu die Maßnahme Orstentwässerung durch Kredite finanzieren, anstatt durch Eigenmittel? Die gemeindlichen Rücklagen betragen schließlich über 600.000 DM.

Immerhin ließ sich Bürgermeister Carstensen auf die Aussage festlegen, daß nach seinem Willen die Zinsen der Zwischenfinanzierung nicht in die Beiträge und Gebühren Eingang finden. Diese Erklärung honorierte die SPD-Fraktion, deren erklärter Wille dies auch ist, mit Beifall.

Insgesamt wurde erkennbar, daß innerhalb des Gemeinderates noch unterschiedliche Vorstellungen bestehen. Die Konturen waren noch nicht so klar - vielleicht besteht gerade deshalb die Möglichkeit, daß eine einvernehmliche Regelung geschaffen werden kann.

## Fragestellung

"Kann (darf) die Gemeinde die Kosten für die Orstentwässerung übernehmen?" An dieser Frage versuchten sich in der neuesten Ausgabe des "Dörpsblatts" die Herren Carstensen und Dr. Köhler. Die Beiden antworteten mit nein.

Eine identische Fragestellung brachte jüngst die WG-Fraktion in den Gemeinderat ein. Da fiel die Antwort anders aus. Vorgetragen durch den leitenden Verwaltungsbeamten Hans Hansen.

Irgendetwas kann dann doch nicht stimmen.

Und so ist es auch. Denn die Verfasser des Dörpsblatt-Artikels stellen eine Frage und

# 125 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein

# SPD

antworten mit dem Hinweis auf einen Paragraphen (§ 8 KAG). Des Rätsels Lösung ist einfach. Wenn es nicht zur Anwendung dieses Paragraphen kommt, ist der daraus gezogene Schlußfolgerung der Boden entzogen. Das sind jedoch juristische Spitzfindigkeiten.

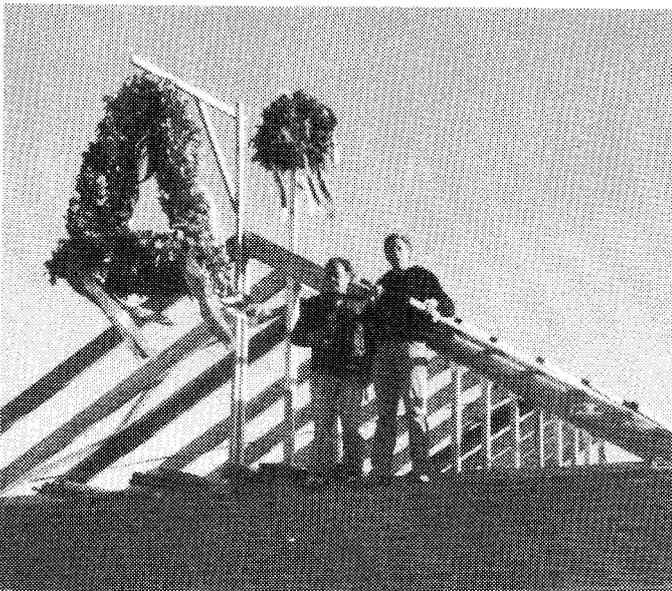
Andererseits ist auch gar nicht im Streit, keinerlei Abgaben für die Ortsentwässerung zu erheben. Für die Schmutzwasserentsorgung sollen Abgaben fallen - für den Anschluß die Beiträge und für die laufende Benutzung die Gebühren.

Umstritten ist allein, ob auch für die Regenwasserentsorgung Abgaben erhoben werden sollen. Gerade weil hier einige Grundstücke gar nicht angeschlossen werden sollen, andere auch durch bestehende Verbandsleitungen ausreichend entsorgt werden, drängt sich hier auf, die Grundstückseigentümer

nicht zum Anschluß zu verpflichten. Das ist möglich, wenn die Gemeinde zwar ein Regenentwässerungssystem errichtet, es aber nicht als "öffentliche Einrichtung" betreibt.

Genau dies, die "öffentliche Einrichtung" nämlich, ist das Stichwort, auf das auch der erwähnte § 8 Kommunalabgabengesetz abstellt. Keine "öffentliche Einrichtung" - keine Abgabepflicht. So einfach ist das. Fast.

Dem stehen auch nicht die Bezuschussungsrichtlinien entgegen. Denn anders als bei dem Schmutzwasser wird die Regenwasserentsorgung nicht bezuschußt. Die Gemeinde könnte also auch nicht von einem Zuschußgeber verpflichtet werden, eigene Einnahmequellen (hier: Abgabepflicht) auszuschöpfen.



Vor einigen Wochen - Richtfest im Neuwittenbeker Klärwerk

## Und es geht doch !

Eine Erwiderung auf den Leserbrief in 'Dörpsblatt' Nr. 23

Mit Freude habe ich dem 'Dörpsblatt' entnommen, mit welchem großem Interesse unser 'Dorf-Geflüster' gelesen wird. Meine im 'Dorf-Geflüster' veröffentlichten Angaben über die geschätzten Anschlußbeiträge scheinen überfällig gewesen zu sein.

Nunmehr sehen sich auch Bürgermeister Hans Carstensen und Finanzausschußvorsitzender Dr. Jürgen Köhler genötigt, ihre Auffassung über die Kostenverteilung darzustellen. Ziemlich verspätet, wie ich meine.

Der Leserbrief der Herren Bonse und Schafmeister gibt mir Gelegenheit, meine Überlegungen zur Finanzierbarkeit der Regenwasserleitung durch die Gemeinde aufzuzeigen.

Anfang 1984 betrug die gemeindlichen Rücklagen etwa 300.000 DM; jetzt haben wir Rücklagen von rund 650.000 DM, also einen Zuwachs von 350.000 DM in den letzten Jahren. In diesem Zeitraum zahlte Neuwittenbek an die Gemeinde Felm zudem 400.000 DM (für Altwittenbeks Umgemeindung).

Trotz Erhöhung der Rücklagen und der Ablösesumme für Altwittenbek war die Gemeinde in diesem Zeitraum nicht handlungsunfähig.

Wir bauten das Jugendheim für	46.000 DM,
neue Fenster in der Schule mit	47.000 DM,
Erneuerung der Straßendecke im	
Bölskamp für	70.000 DM,
die Modellgemeinde landschafts-	
pflege kostete knapp	80.000 DM,
der Wanderweg zum Kanal	16.000 DM,
der Radweg bis Warleberg	102.000 DM,
der Radweg nach Tüttendorf	172.000 DM,
Straßenbau Haupt-/Dorfstraße	34.000 DM,
Treppen zum Nord-Ostsee-Kanal	10.000 DM,
Kauf des Raiffeisengebäudes	170.000 DM,
die Straße Am Bahnhof mit	27.000 DM
und die Erweiterung der Straßen-	
beleuchtung auch etwa	30.000 DM.
Insgesamt sind dies über	800.000 DM.

Die hier aufgeführten Beträge, die Erhöhung der Rücklagen, die Zahlungen für Altwittenbek und größere Investitionen erbringen in 5 Jahren mehr als 1,55 Mill. DM. Darüberhinaus sind viele kleinere Beträge um 10.000 DM verwendet worden - alleine schon für Planungskosten des Altwittenbeker Tennisplatzes, des Feuerwehrgerätehauses, des Anbaus an die Mehrzweckhalle und für die Heizungsanlage in der Schule haben wir in den vergangenen Jahren 30.000 DM ausgegeben.

Wenn wir von den jetzigen Rücklagen ausgehen und von 4 bis 5 Jahren, in denen die Regenwasserentsorgung gebaut wird und größere Projekte - wie Feuerwehrgerätehaus und Tennisanlage Altwittenbek - zurückstellen, ist die Gemeinde sehr wohl in der Lage, auch die weiteren 800.000 DM für die Regenwasserleitung selbst aufzubringen.

**Bei uns in Schleswig-Holstein:  
Sozialdemokraten.**

Es soll nach meiner Vorstellung auch nicht so sein, daß die Gemeinde nur finanziell in Vorlage tritt, um den Bürgern die Anschlußbeiträge zu ersparen. Die Gemeinde soll die Kosten voll übernehmen und nicht

**NDR  DAS BESTE AM NORDEN**

im Nachhinein über die laufenden Benutzungsgebühren wieder hereinholen. Die Regenwasserentsorgung bleibt abgabenfrei.

Das ist auch durchaus sozial; die Gemeinde käme damit ihrer Ausgleichsfunktion nach. Als nicht sozial würde ich es empfinden, wenn nur die Bürger Regenwasserabgaben zahlen müssen, die auch angeschlossen werden (die nicht Angeschlossenen blieben kostenfrei).

Ferner finde ich es unsozial, in einen totgesagten Tennisplatz 200.000 DM zu stecken, obwohl die Tennisanlage in Neuwittenbek noch nicht einmal ausgelastet ist.

Ich hoffe, aufgezeigt zu haben, daß ich weiß, wovon ich rede und daß auch ich kein verschuldetes Dorf haben möchte, sondern zufriedene Bürger in einer funktionierenden Gemeinde.

(Gisela Matte)

## Hohe Zinsen

Bei der letzten Gemeindevertreterversammlung habe ich dem Haushaltsplan wieder einmal nicht zugestimmt. Schon bei der Kreditaufnahme für den I. Bauabschnitt der Vollkanalisation hatte ich gewarnt, Zinsen durch Zwischenfinanzierungen nicht zu hoch werden zu lassen.

Nun habe ich das Ergebnis von 1 1/2 Jahren vorliegen. Es sind Zinsen in Höhe von 83.863,17 DM aufgelaufen. Bei 270 Hausanschlüssen entfallen auf jeden 344,-- DM.

Meines Erachtens hätte die Gemeinde zumindest den Regenwasseranteil des I. Bauabschnittes aus den Rücklagen finanzieren können.

Bei rechtzeitiger Erstellung der Beitragsatzung - im Gespräch war ein Inkrafttreten zum 1.1.1989 - hätten schon Abschläge für die angeschlossenen Grundstücke (Bahnhofstraße und Bölskamp) angefordert werden können, so daß die Kreditaufnahme erheblich niedriger hätte bleiben können.

-G. Matte-

## 25 Jahre

Beim traditionellen Adventskaffee der Kreis-CDU wurde Walter Kittmann aus Altwittenbek für 25jährige Parteimitgliedschaft geehrt.

Ein glückliches und erfolgreiches Jahr  
wünscht Ihnen Ihre

**Sozialdemokratische Kommunalfraktion**  
in der Gemeindevertretung Neuwittenbek



Leserbrief

## Fingerbebauung ?

In der Gemeindefassung vom 24.10.89 wurde der Antrag eines Bürgers zum Flächennutzungsplan auf Ausweisung von Bauland zurückgewiesen. Einer "Fingerbebauung" könne nicht zugestimmt werden lautete die Begründung.

Erstaunlicherweise bekamen verschiedene andere Bauvorhaben sowie Grundstücksveräußerungen ihre Genehmigung. Das fragliche, in sich abgeschlossene Grundstück hat das Quadratmaß von 28 x 28 m. Da scheint der Begriff "Finger" eher ein Mißgriff. Zudem ist besagter Grund von der früheren Eigentümerin (einer öffentlichen Einrichtung) durch Landtausch eigens auf diese Maße gebracht worden, damit hier ein Wohnhaus erstellt werden kann. Mit welchem Recht verweigert die politische Vertretung der Gemeinde nun einem Familienangehörigen des Nebenhauses die Errichtung eines Wohnhauses?

Nicht gerade überzeugend klingt die vorgebrachte Behauptung, eine Schädigung liege nicht vor, da Anbaumaßnahmen jederzeit durchgeführt werden könnten. Es erscheint höchst fraglich, ob ein solcher Anbau ökologisch zweckmäßiger ist und dem Sinn von Flächennutzungsplänen entspricht.

Und was darf man in diesem Zusammenhang unter "bürgerlicher Politik" verstehen? Niemand hindert die Gemeindevertreter, besagtes Grundstück in Augenschein zu nehmen und sich für ihre Entscheidung eine angemessene Informationsgrundlage zu beschaffen. Die Betroffenen würden sich überdies freuen, den interessanten Begriff der "Fingerbebauung" vor Ort erläutert zu bekommen.

Gerd Krause, Neuwittenbek

Anm. der Red.: Hierzu heißt es im Beschluß der Gemeindevertretung vom 24.10.1989: "Die beantragte Ausweisung würde eine fingerartige Entwicklung der Bebauung in die freie Landschaft vorbereiten und widerspricht somit dem Planungsziel bezüglich Abrundung der Bebauung von Ortsteilen." Die nachfolgende Skizze mit dem überplanten Bereich von Hofkoppelweg, Bahnhofstraße und Am Bahnhof (eingeschwärzt) mag dies verdeutlichen; der "Finger" ist besonders gekennzeichnet (gepunktet).



NATURSCHUTZVEREIN  
NEUWITTENBEK

Neuwittenbeks Naturschutzverein - inzwischen mit einem eigenen Emblem firmierend - lud zu einer öffentlichen Vortragsveranstaltung (mit Lichtbildern) ein; der Saal in der "Linde" wurde reichlich gefüllt. Vortragender war Dr. Kuno Brehm, der seinem berühmten Namensvetter alle Ehre machte. Dr. Brehm erläuterte anhand der Bilder sehenswerte Eindrücke. Vorsichtige Kritik meldete er vereinzelt auch an. Obwohl ein ähnlicher Vortrag bereits vor einiger Zeit vom Naturschutzverein angeboten worden war, blieb auch diese Veranstaltung von Interesse.

Hoffnung machte Dr. Brehm den Anwesenden, daß ein Krötentunnel am Warleberger Wald geschaffen werden könne; eine Finanzierung durch das Land sei möglich. Erforderlichenfalls will Dr. Brehm hier auch unterstützend mitwirken.

## Gisela Matte (SPD) - Kandidatin für den Kreistag

"Mir geht es in erster Linie darum mehr Informationen vom Kreis ins Dorf und in den SPD-Ortsverein zu bekommen", Gisela Matte, die SPD-Kreistagskandidatin für den Kreistag bei der nächsten Kommunalwahl, läßt keinen Zweifel aufkommen, wie sehr ihr die Interessen Neuwittenbeks am Herzen liegen. Doch auch den anderen Gemeinden ihres Wahlkreises will sie einen engen Kontakt zum Kreis aufrechterhalten. Seit ihrem Eintritt in die SPD 1974 ist Gisela Matte bemüht, im Dorf etwas zu bewegen. Negatives zu kritisieren reicht ihr nicht. Sie will praktische Arbeit zur Verbesserung leisten. Dabei zeichnet sie nicht nur ihre Sachkompetenz aus, sondern auch die Bereitschaft, sich in die schwierigsten politischen Themen einzuarbeiten. Nicht erst die Neueinteilung der Wahl-



kreise zur nächsten Kommunalwahl machten den für unseren Bereich zuständigen SPD-Kreistagsabgeordneten Wulf-Dieter Stark-Wulf auf die politischen Tugenden Gisela Mattes aufmerksam. Schon seit einiger Zeit versuchte er sie dazu zu bewegen, für den Kreistag zu kandidieren. Durch den zu besetzenden Platz eines bürgerlichen Mitglieds in einem Ausschuß des Kreistages wurde das Thema "Kreistagsmandat" für Gisela Matte akkute. Seit Ende Juni ist sie Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr. Die größten Probleme bereiten ihr bei dieser noch recht neuen Tätigkeit weniger die konkreten politischen Fragen

als vielmehr die zahlreichen neuen Namen und Gesichter, die sie sich nur allmählich merken kann. "Ich hab' leider ein furchtbar schlechtes Namensgedächtnis. Zuerst habe ich mir eine Liste mit den Namen der Ausschußmitglieder bereitgelegt und jedesmal die Gesichter und die Namen verglichen, aber so langsam kenne ich die meisten", bekennt sie offen.

Mit ihrer Kandidatur für den neuen Wahlkreis sieben hat sie ganz sicher einen der problematischsten Kreise übernommen: Zum einen ist er einer der flächenmäßig größten Wahlkreise, zum anderen auch der Wahlkreis, der mit Neuwittenbek, Schinkel, Felde, Bovenau, Lindau, Krummwisch, Haßmoor, Ostenfeld, Rade und Sehestedt am meisten Gemeinden umfaßt. Zum Teil gibt es in den einzelnen Gemeinden gar keine Ortsvereine der SPD. Dort wird die ohnehin nicht gerade einfache Arbeit Gisela Mattes noch problematischer. "Da werd' ich mein Informationsmaterial zur Wahl wohl selber in die einzelnen Briefkästen stecken müssen", so Frau Matte. Doch den Spaß an ihrer zukünftigen Aufgabe läßt sie sich trotz der vielen Arbeit nicht nehmen. Sollte es bei der Kommunalwahl nicht zu einem Direktmandat reichen, so ist ihr Einzug in den Kreistag durch den überraschend guten Listenplatz zwölf gesichert. Damit stellt Neuwittenbek zum ersten Mal einen Kreistagsabgeordneten. Die Kraft zur Bewältigung der so reichlich anfallenden Arbeit in den letzten Wochen "tankt" Gisela Matte an den Wochenenden, die sie möglichst ohne allzuviel Politik zu verbringen versucht, bei Handarbeiten und Spaziergängen mit ihrem quirligen Dackel.

### IMPRESSUM

Mit Namen oder Signum gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung unserer Redaktion dar. Diese behält sich vor, Artikel sinngemäß zu kürzen. Anonym eingesandte Artikel können in keinem Fall abgedruckt werden.

Jahrgang 12    Ausgabe 62    4/1989

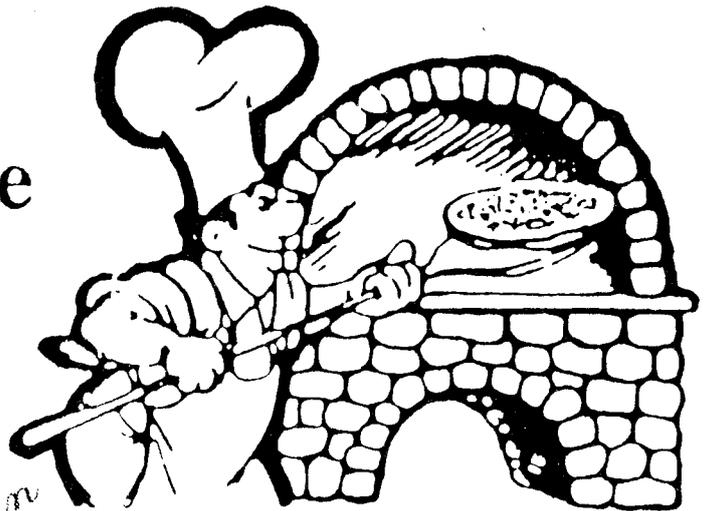
Herausgeber: SPD-Ortsverein Neuwittenbek  
Redaktion: Wilfried Johst (V.i.S.d.P.)  
Volker Weber  
Jochen Habeck  
Michael Klawitter  
Hannelore Pechmann  
Ilona Schönfeld  
Georg Cassel  
Anschrift: Warleberg, Knallholt  
2303 Neuwittenbek  
Anzeigen: Michael Klawitter  
Bölskamp 6, Neuwittenbek  
Druck: Eigendruck  
Auflage: 440

# Henninger -Bräu Pizzeria Kneipe

2303 Gettorf, Kieler Chaussee 8

Telefon (04346) 6504

Geöffnet: Täglich von 18.00 bis 23.00 Uhr  
Freitag von 18.00 bis 24.00 Uhr



*Fladenbrote*

*Puppen*

*Fleischspieß*

*Salate*

*Steaks*

*Schnitzel*

## Karl Kruse tödlich verunglückt

Am 23.10.89 starb der frühere Schulleiter der Neuwittenbeker Grundschule, Karl Kruse, an den Folgen eines tragischen Verkehrsunfalls. Kruse verunglückte auf der Heimfahrt von einem Probenabend mit der Theatergruppe Neuwittenbek.

Karl Kruse hatte das Amt des Schulleiters in Neuwittenbek am 20.10.1971 angetreten. Vorher war er 11 Jahre lang als Lehrer in Loose tätig. Als er nach Neuwittenbek kam, hatten wir noch eine kombinierte Grund- und Hauptschule; aber bereits nach einem Jahr wurde gegen den Willen der Gemeinde und der Eltern die Hauptschule in Neuwittenbek aufgelöst. Der Schulrat zog einfach eine Lehrkraft ab, und den Neuwittenbekern blieb nichts anderes übrig, als die Hauptschüler nach Gettorf umzuschulen. Trotzdem verblieben in der Neuwittenbeker Grundschule danach noch 87 Schüler gegenüber 52 heute.

Neben seiner Schulleitertätigkeit hat Karl Kruse sich auf vielen Gebieten in Neuwittenbek engagiert:

Zur 100-Jahr-Feier der Gemeinde im Jahre 1976 hat er aktiv an der Erstellung der

Dorfchronik mitgewirkt.

Im Sportverein übernahm er die Übungsleiter-Tätigkeit für die Turn- und Trimm-Dich-Gruppe.

Der Theatergruppe stand er als Spielleiter bei der Einstudierung der verschiedenen Aufführungen zur Seite.

Im Vorstand der Kyffhäuser-Kameradschaft hat er das Amt des Schriftführers wahrgenommen.

Außerhalb des Schulunterrichts brachte er den Kindern das Blockflötespielen bei.

Am 19.12.1980 wurde Karl Kruse - aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig - in den verdienten Ruhestand verabschiedet.

Auch nachdem Kruse nach Eckernförde gezogen war, wo er sich bald seinen Wunschtraum, eine Eigentumswohnung direkt am Strand, erfüllen konnte, blieb er Neuwittenbek weiterhin verbunden. Alle seine Nebentätigkeiten übte er von Eckernförde aus weiter aus. Mehrmals in der Woche pendelte er mit dem Auto zwischen Eckernförde und Neuwittenbek hin und her.

Auch viele private Freundschaften verbanden die Kruses weiter mit Neuwittenbek. Deshalb waren der Schock und die Trauer über seinen plötzlichen, unerwarteten Tod in Neuwittenbek besonders groß.

## Nord-Ostsee-Kanal - eine Gefahrenquelle ?

Der Nord-Ostsee-Kanal ist für uns Bürger der Gemeinde Neuwittenbek allgegenwärtig. Viele von uns überqueren ihn über die Levensauer Hochbrücken oder die Fähre in Landwehr, um zur Arbeit, zur Schule oder schnell 'mal zum Einkaufen zu fahren. In der Freizeit wird der Kanal zum Angeln oder Spaziergehen genutzt, gerade da, wo doch der Betonspurenweg an seinem Ufer bequem und schnell über mehrere Fußwege zu erreichen ist. An der Kanalböschung gibt es für den aufmerksamen Beobachter interessante Pflanzen und Tiere zu entdecken, die man anderen Orts nicht oder nicht so häufig antrifft. Es ist aber auch immer wieder ein Erlebnis, den verschiedenen Schiffen aus den vielen Ländern zuzuschauen. Man winkt ihnen zu oder träumt ihnen hinterher. Es ist eine Idylle - aber es ist eine trügerische Idylle!

Sind wir uns denn überhaupt klar darüber, wenn wir den Schiffen zuwinken oder ihnen hinterherträumen, welche Fracht sie an Bord haben können?. Viele dieser Schiffe sind randvoll mit giftigen Chemikalien, Gasen, Atommüll oder anderen gefährlichen Gütern. Das Unglück auf dem Giftfrachter "Oostzee" hat uns ausführlich gezeigt, welche Gefahr von Schiffen dieser Art ausgehen kann. Nehmen wir einmal an, die "Oostzee" wäre im Kanal kollidiert, und zwar genau auf der Höhe Neuwittenbeks ... nicht auszudenken!

Zur Zeit gibt es ja noch die Lotsen, die solche Unglücke verhindern sollen, aber wird es sie auch weiterhin geben?

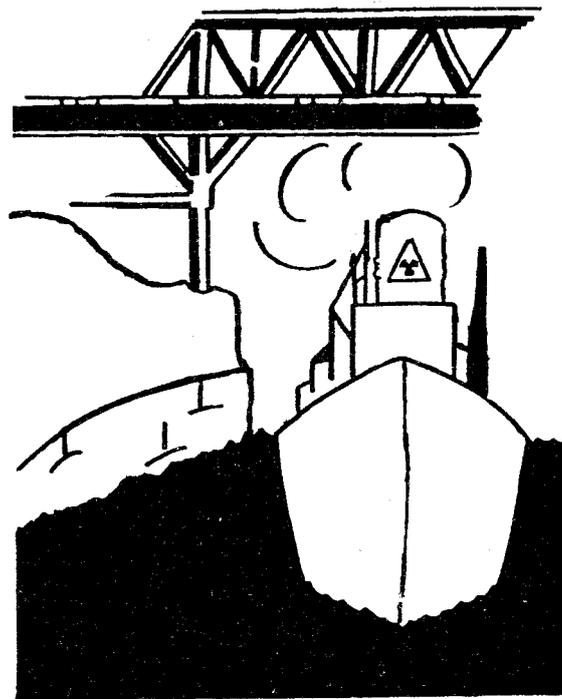
Diese Frage stellt sich, da die Bundesregierung die Entscheidung getroffen hat, künftig alle Schiffe unter 100 m Länge und 15 m Breite auf dem Nord-Ostsee-Kanal von der Lotsenannahmepflicht freizustellen. Hier wird ganz eindeutig der Wirtschaftlichkeit Vorrang vor der Sicherheit eingeräumt.

Bei einer Anhörung des Arbeitskreises Wirtschaft der SPD-Landtagsfraktion haben sich alle beteiligten Landräte, Bürgermeister, Gewerkschaften und Lotsen gegen diese Maßnahme der Bundesregierung ausgesprochen. Die SPD-Landtagsfraktion legt dem Landtag einen Antrag vor, der die ersatzlose Rücknahme der unverantwortlichen "Reeder-Hilfe" verlangt.

Der geringen Einsparung von Lotsengebühren für die Reeder steht eine höhere Gefährdung durch die Schiffskollisionen aufgrund menschlichen Fehlverhaltens und der Unkenntnis von Schiffsführern gegenüber. Die SPD-Landtagsfraktion will mehr Sicherheit auf dem Nord-Ostsee-Kanal auch dadurch erreichen, daß langfristig

Gefahrguttransporte völlig untersagt werden. Kurzfristig soll eine Reduzierung angestrebt und eine Deklarationspflicht eingeführt werden.

Alle 14 Tage durchfährt zum Beispiel ein Nuklearfrachter die meistbefahrene Wasserstraße der Welt mit dem hochgiftigen und radioaktiven Uranhexafluorid (UF<sub>6</sub>) als Ladung. Das Schiff heißt "Borodine" und fährt die Route Riga - Le Havre. Es ist ein sogenanntes Ro-Ro-Schiff, das bei einem Zusammenstoß minutenschnell sinken könnte. Wenn auch nur eines der Fässer platzt, wären nach einer Studie des Batelle-Instituts in einem dichtbesiedelten Gebiet wie zum Beispiel Kiel-Holtenau mehr als 1000 Menschen vom Tode betroffen.



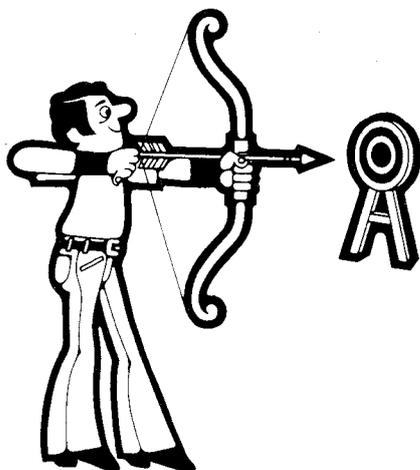
Dieses Schiff muß zur Zeit nicht als Gefahrguttransporter gekennzeichnet werden.

Nun könnte man meinen, die Entfernung zum Kanal ist ein ausreichender Schutz vor derartigen Unfällen. Dies ist mit Sicherheit ein Trugschluß, denn von vielen Wohnhäusern aus sind die vorüberfahrenden Schiffe zu beobachten. Und die vergangenen Tage haben die Nähe zum Kanal wohl recht deutlich gemacht: Bei Nebel waren nicht nur die Nebelhörner zu vernehmen, auch die Maschinen stampften so laut, als führen die Schiffe durch die Gärten unserer Häuser.

# SPD

## Schießen mit dem G 3

Zweimal jährlich treffen sich die Neuwittenbeker Sportschützen mit den Portepee-Unteroffizieren der Marine zu einem freundschaftlichen Vergleichsschießen. Dieser Kontakt ist durch Georg Jöhnk geknüpft worden. Dabei wird einmal mit dem Luftgewehr und einmal mit dem Gewehr 3 der



Bundeswehr geschossen. Nicht nur mit dem LG lagen die Neuwittenbeker bisher immer vorn, sondern auch mit

dem G 3 waren sie besser als die Lords der Marine.

Diesmal gewannen die Sportschützen mit dem G 3 auf 200 Meter Entfernung mit 827 zu 771 Ringen. Die besten Schützen waren dabei Johann Böhme mit 88, Kalle Günther mit 87 und Clemens Thiele mit 86 von 100 möglichen Ringen.

## Kyffhäuser - Sportschützen

Einmal im Monat treffen sich die Schützen der Kyffhäuser-Kameradschaft Neuwittenbek zum Trainingsschießen auf dem Schießstand der Sportschützen. Und einmal im Jahr wird ein Vergleichsschießen durchgeführt. Dabei haben die Kyffhäuser bisher noch nie gewonnen - der Altersunterschied macht sich da doch bemerkbar.

In diesem Jahr gewannen die Sportschützen mit 536 zu 513 Ringen. Die meisten Ringe schossen bei den Schützen Rolf Krabbenhöft, Klaus Meier und Richard Rohmann mit je 78 von 80 möglichen Ringen. Für die Kyffhäuser zielten Hermann Pries (78), Heinz Zander (77) und Dr. Jürgen Köhler (73) am besten.

Beim Schießen auf die Ehrenscheibe gab Heinrich Hinrichs den besten Schuß ab.

Jetzt auch Verkauf von Tiernahrung

Ob  
Krallen, Zähne, Ohren, Fell  
im



Hundesalon  
Waltraud Busch

perfekt und schnell  
Metzstrasse 4 · 2300 Kiel-1  
telefonische Anmeldungen: 0431 / 16 2 60



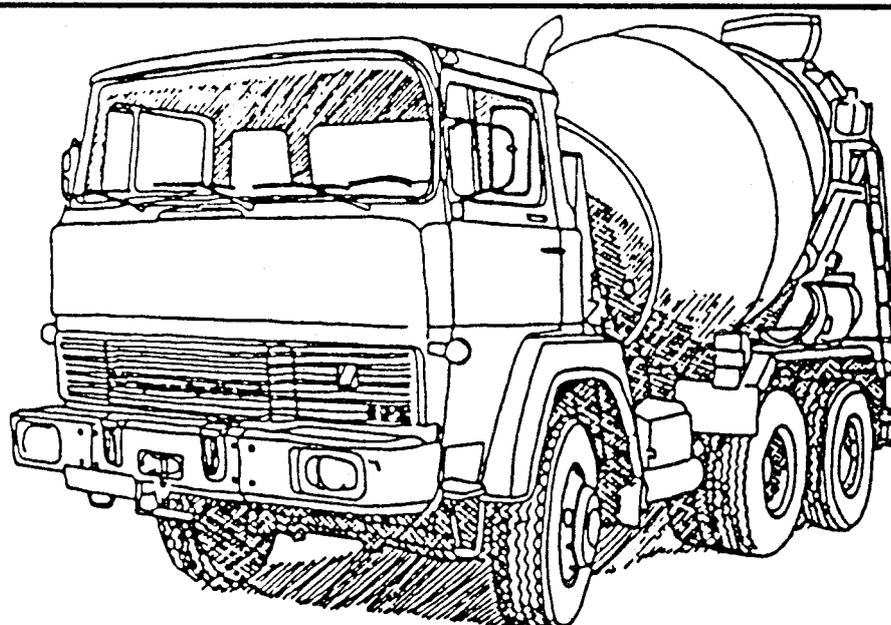
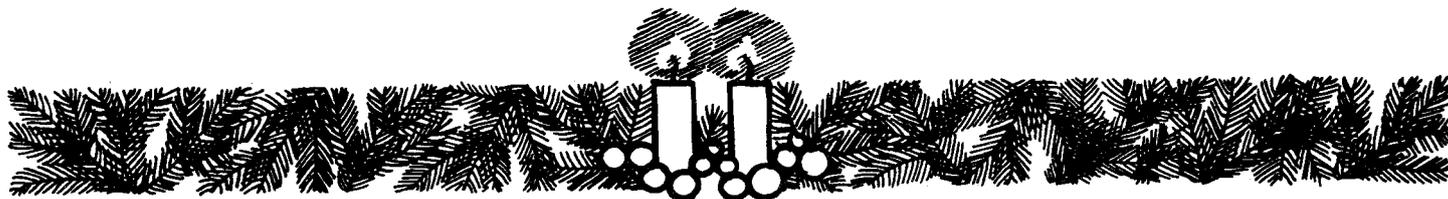
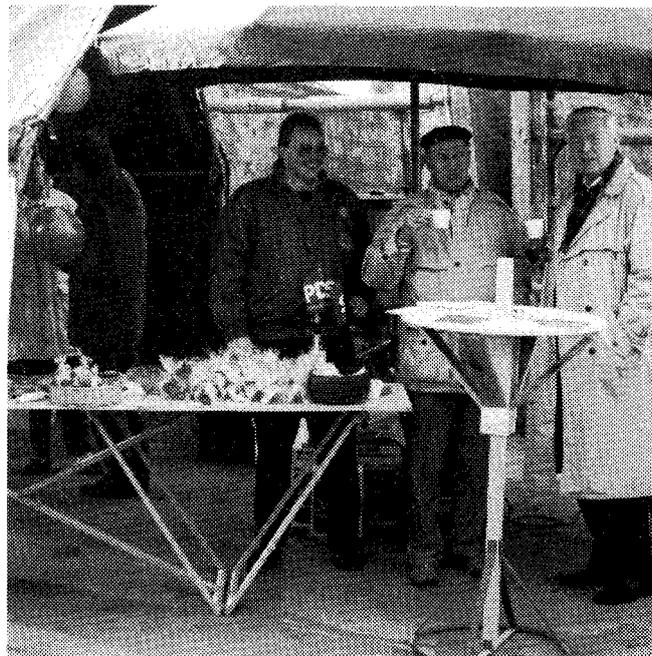
## SPD-Adventsstand

Zum vierten Mal hatte die SPD Neuwittenbek zur Adventsaktion eingeladen. Bei strahlendem Sonnenschein - allerdings 2 Grad minus - wurden am Samstag vor dem ersten Advent Tannegrün, Gestecke und Adventsgebäck angeboten.

Auch zum Klönen kam man zusammen. Damit es beim Stehen nicht zu kalt wurde, gab es warmen Punsch. Ein Genuß waren auch wieder die Brote mit Gillas selbstgemachtem Apfelgriebenschmalz.

Ein besonderer Besuch kam von etwas weiter her. Ein Paar aus Potsdam und Wismar war zum Wochenendtrip in Schleswig-Holstein unterwegs und hielt am Platz vor der Linde. Sofort kam man ins Gespräch und punschgewärmt, nach besten gegenseitigen Wünschen, setzten die Überraschungsgäste ihre Reise fort.

Erfreulich war am Ende, daß ein noch größerer Betrag als im Vorjahr an die Arbeiterwohlfahrt überwiesen werden kann. Die SPD sagt allen, die mit ihren Käufen das Spendensäckel gefüllt haben, ihren herzlichen Dank.



**KLA**  **ITTER**  
TRANSPORTUNTERNEHMEN  
Neuwittenbek

## Neue frühgeschichtliche Funde - schon wieder Backöfen !

Wieder einmal sind auf dem Acker von Kruse-Brammer Zeugen der Vergangenheit ausgegraben worden. Nur ungefähr 30 Meter von der ersten Grabung entfernt wurden erneut Reste von zwei frühgeschichtlichen Backöfen gefunden. Die Arbeitsgemeinschaft für Vor- und Frühgeschichte der Heimatgemeinschaft Eckernförde, zu deren Mitgliedern auch Iven Kruse gehört, hat unter ihrem Leiter Manfred Stöcken wieder ein freies Wochenende geopfert, um die Ausgrabungen durchzuführen.

Die beiden Backöfen stammen aus der Zeit um Christi Geburt; sie waren besser erhalten als der vor drei Jahren freigelegte Backofen. Auch die Experten stellen sich nun natürlich die Frage, wieso auf einer

so kleinen Fläche gleich drei Backöfen dicht nebeneinander errichtet worden sind. Herr Stöcken hat hierzu verschiedene Theorien:

Es ist denkbar, daß unsere Vorfahren für mehrere Gehöfte gemeinsam, wegen der Brandgefahr abseits der Gebäude, ihre Backöfen errichtet haben.

Möglich ist aber auch, daß sie nach dem Einsturz eines Backofens dicht daneben einen neuen gebaut haben, ohne die Reste des alten einzureißen. Vielleicht waren die Steine durch den gebrannten Lehm so fest miteinander verbunden, daß es einfacher war, neues Material herbeizuschaffen, als den alten Backofen abzubrechen. Möglicherweise geben uns irgendwann einmal weitere Ausgrabungen Aufklärung darüber wie es wirklich war. Iven Kruse jedenfalls ist immer noch überzeugt, daß in der Nähe der Fundstelle noch weitere Zeugnisse der Vergangenheit auf ihre Entdeckung warten.



### Hinaus ins Grüne

Gettorf (rir) Die Wandersparte des TSV Neuwittenbek trifft sich am heutigen Sonnabend um 14 Uhr auf dem Karl-Kolbe-Platz. Gewandert wird vom Grünen Jäger aus Schnellmark, Aschau und durchs Schnellmarker Gehölz. Eine Kaffeetafel wird im Grünen Jäger nach dem Fußmarsch gedeckt.



KN M. M. 89

### Wandersparte des TSV

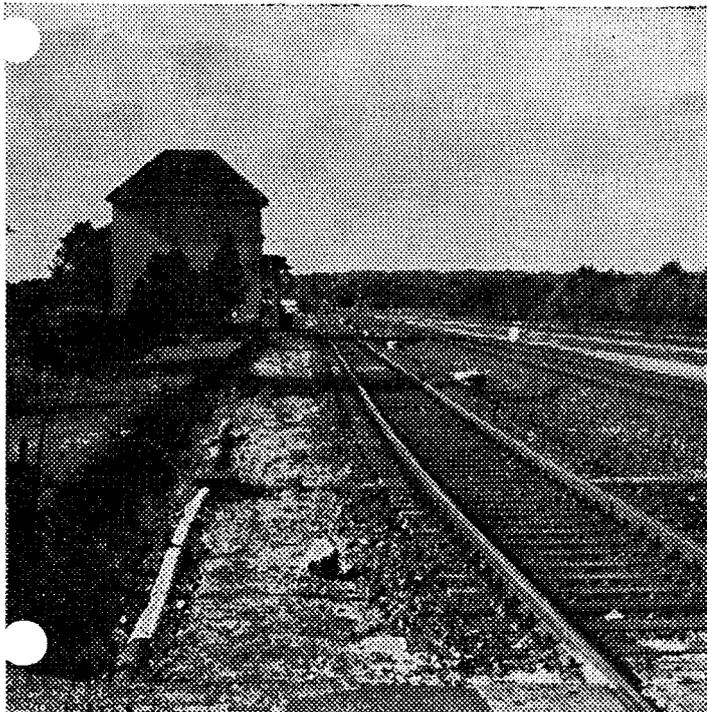
Laut obigem KN-Bericht vom 11.11.89 gibt es sie schon, eine Wandersparte im TSV Neuwittenbek. Dem 1. Vorsitzenden des TSV, Klaus Stein, ist sie allerdings noch unbekannt. Aber er steht der Idee als solches sehr aufgeschlossen gegenüber. Er würde sich freuen, wenn sich genügend Interessierte und ein Spartenleiter finden würden, um eine Wandersparte zu gründen. Also, "Auf, Ihr Wandervögel!", meldet Euch bei Klaus Stein.

## Bahnhof Neuwittenbek

Am 27. September 1986 stellte die Deutsche Bundesbahn den Personenverkehr von und nach Neuwittenbek ein. Wir haben damals ausführlich von der letzten Fahrt berichtet.

Im stillen haben manche Neuwittenbeker aber doch darauf gehofft, daß der Bahnhof eines Tages wieder für den Personenverkehr geöffnet würde.

Inzwischen hat die Bundesbahn jedoch ganze Arbeit geleistet. Alle Bahnsteige wurden - wie man so schön sagt - "zurückgebaut", d.h. entfernt. Vor einer Wiederaufnahme der Personenbeförderung müßten also erhebliche Investitionen getätigt werden. Das Kapitel "Bahnhof Neuwittenbek" kann damit wohl endgültig geschlossen werden.



## Weggezogen

Die Familie Bonse, Nachfolger der Familie Hölck auf dem sogenannten "Hof Neuwittenbek", hat Neuwittenbek verlassen. Anfang Dezember sind sie nach Behrensbrook bei Neudorf-Bornstein, ihrem zweiten Hof im Dänischen Wohld, umgezogen.

Die Neuwittenbeker Ländereien wird Herr Bonse von dort aus bewirtschaften. Das Wohngebäude soll vermietet werden.

## Weihnachtsbasar des DRK

Am 1. Advent 1989, mittags viertel vor zwei, ist vor der Neuwittenbeker Mehrzweckhalle ein Gedränge, als würde gleich der Winterschlußverkauf beginnen.

Eine Stunde später in der Halle der gleiche Eindruck: Ein Treiben wie am verkaufsoffenen Samstag im Sophienhof.

Pünktlich um 14.00 Uhr hatte der traditionelle Weihnachtsbasar des Neuwittenbeker DRK begonnen. "Wir freuen uns über das große Interesse der Mitbürger", sagte Inge Radbruch, Vorsitzende des örtlichen DRK.

Über 550 Dorfbewohner und deren Freunde hatten am Ende den Weg zum Basar gefunden, für den in den vorangegangenen Monaten an die 20 engagierte Frauen in gemeinsamen Treffen gebastelt, gehäkelt, gestrickt und gestickt hatten. Dazu stellten sieben örtliche Hobbykünstler ihre Werke aus und gaben den interessierten Besuchern geduldig Auskunft über ihre Arbeiten.

Wer etwas für sein leibliches Wohl tun wollte, der fand am Punschstand oder an der reichhaltigen Kuchenbar garantiert einen Leckerbissen nach seinem Geschmack. Beeindruckend weiche Auswahl leckerer Torten in den Küchen der Gemeinde als Spende entstanden.

Daß trotz des lebhaften Treibens die adventliche Stimmung bei Kaffee und Kuchen nicht zu kurz kam, war sicher ein Verdienst des Jugendbläserchors aus Kronshagen und des Flötenkreises der Neuwittenbeker Grundschule, die für die musikalische Umrahmung der Veranstaltung sorgten.

Die Besucher wird es freuen, daß ein Großteil des Erlöses aus dem Basar als Spende für Krebskranke Kinder überwiesen wird. Der Rest soll der örtlichen Altenpflege, unterstützt vom DRK, zugute kommen.

Erfreut über den regen Zuspruch sagt die DRK-Vorsitzende Inge Radbruch "einen herzlichen Dank an alle, die zum Gelingen des Basars beigetragen haben".

Ca



## Die SPD-Kreistagsfraktion informiert:

# Planlosigkeit im Altenpflegebereich

Die Entwicklung im Seniorenheim des Kreises alarmierte den zuständigen Ausschuß : obwohl im Frühjahr zusätzliche Pflegekräfte eingestellt worden waren, herrscht schon wieder akuter Personalmangel. Die bisher geltenden Schlüssel von Pflegekraft : Betreuten entsprechen nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen. So galt bisher der Schlüssel 1 : 40 für Bewohner des Altenwohnheims, 1 : 20 für Bewohner des Altenheims, 1 : 3,75 für Pflegefälle. Aber heute geht man erst so spät wie möglich ins Heim und nimmt lieber die sozialen Dienste der Wohlfahrtsverbände in Anspruch, um in der eigenen Wohnung und im gewohnten Umfeld leben zu können. Daher gibt es keine Altenwohnheime mit weitgehend selbständiger Lebensführung mehr. Auch die Altenheimfälle brauchen schon mehr Betreuung als früher veranschlagt wurde. Darum beschloß der Ausschuß, diese Unterteilung aufzuheben - was mehr Personal bedeutet.

Außerdem ist das Kreissenorenheim gut ausgestattet auch für schwere Pflegefälle. Das ist längst nicht bei allen Alten- und Pflegeheimen der Fall, daher kommen zunehmend aus dem ganzen Kreisgebiet Schwerstpflegefälle nach Eckernförde. Auch hier reicht der bisherige Personalschlüssel für Pflegefälle nicht mehr, 1 : 2,5 heißt die neue Anhaltzahl für Schwerstpflegefälle - Mehrbedarf an Personal.

Mehrheitlich konnte sich der Ausschuß nicht dazu durchringen, die von der Verwaltung vorgeschlagene umfassende Senkung der Anhaltzahlen zu bewilligen (1 : 16 für Altenheimfälle, 1 : 3,3 für Pflegefälle). Das wird die Konsequenz

haben, daß eine eigene Station für Schwerstpflegefälle eingerichtet wird, damit die hierfür bewilligten neuen Kräfte auch wirklich hierfür eingesetzt werden und nicht im Gesamtbetrieb versickern. Das aber bedeutet ein Herausreißen dieser Pflegebedürftigen aus der bisherigen Umgebung und aus den Bindungen an andere, noch rüstige Heimbewohner, bedeutet ein Zusammensein nur mit gleich Kranken und Verwirrten - eine beklemmende Vorstellung, denn es handelt sich nicht um einen Krankenhausaufenthalt, sondern um ein jahrelanges Leben.

Die SPD-Kreistagsfraktion wird im nächsten Kreistag beantragen, die von der Verwaltung empfohlenen neuen Personalschlüssel insgesamt zu bewilligen, damit die Pflegebedürftigen wie bisher integriert und verteilt auf die verschiedenen Stationen wohnen und leben können.

Darüber hinaus wird deutlich, daß es heute in größerem Maße darum gehen muß, über einseitig pflegerische Maßnahmen hinausgehend sich um rehabilitative zu kümmern und um eine geronto-psychiatrische Fachberatung. Laut Statistik gibt es genug Pflegebetten für den Bedarf, das Kreissozialamt schließt daher mit neuen Häusern auch keine Pflegesatzvereinbarungen mehr ab, aber wenn schon an der Statistik Zweifel angebracht sind, die Qualität rechtfertigt Zweifel allemal.

Die Gespräche im Ausschuß machten klar, wie schwer sich zufriedensstellende Änderungen in einem Heim isoliert genommen wirksam Planen und durchführen lassen, ohne die Gesamtsituation der Altenpflegeeinrichtungen zu sehen.

Der Trend zum höheren Eintrittsalter muß berücksichtigt werden, d.h. der erhöhte Bedarf an Pflegeplätzen gegenüber Wohnheimplätzen. Aber die herkömmliche Art der Alten- und Pflegeheime hat zu der Alternative der Seniorenwohnanlagen, des betreuten Wohnens geführt, die dem Wunsch nach einem gesicherten, persönlich eigenständigen und sinnvollen Leben im Alter entgegenkommt. Das Inhumane an dieser Konzeption ist nur, daß längere Krankheit oder gar dauernde Pflegebedürftigkeit die Abschiebung ins Altenheim bedeutet. Die humane Einheit von beidem - Service bis hin zur dauernden Pflege und individuell bestimmtes Leben in der eigenen Wohnung - gewährleistet nur das Konzept des Servicehauses für dessen weitere Verbreitung wir uns entschieden einsetzen werden.

Aber im Interesse der alten Menschen brauchen wir für den gesamten Bereich der Altenpflege - Altagestätten, Sozialstationen mit ambulanten Diensten, Servicehäuser, stationäre Einrichtungen - ein in sich stimmiges Gesamtkonzept, einen Altenhilfeplan, der für Einzelplanungen im Kreis eine Orientierung gibt. Dieser Plan müßte von einer genauen Erfassung des Ist-Bestandes ausgehen, um ihm die Zielvorstellung gegenüberzustellen und dann die einzelnen Maßnahmen ableiten zu können. Andernfalls sind Einzelmaßnahmen wie unsere Ausschuß- und Kreistagsbeschlüsse hinsichtlich des Kreissenorenheims nie mehr als kurzsichtige Flickschusterei.

- Ingraut Görland -  
SPD - Kreistagsfraktion